



öffentlich

Betreff:
kommunales Wohnungsbauprogramm

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Fraktion SPD

Erstellungsdatum 27.07.2009

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.09.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auflage eines kommunalen Wohnungsbauprogramms für den Neubau von mindestens 1000 Mietwohnungen zu prüfen.

Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel soll durch einen Kommunalkredit der Landeshauptstadt Potsdam bzw. durch eine Kreditermächtigung für ein kommunales Bauunternehmen erfolgen. Gegebenenfalls zur Verfügung stehende Förderprogramme des Landes und des Bundes sind auszuschöpfen. Eine Bereitstellung von Bauland aus dem Treuhandvermögen Bornstedter Feld ist in die Prüfung einzubeziehen.

Mit der Umsetzung des Bauvorhabens wird eine kommunale Gesellschaft als Generalübernehmer beauftragt. Die Leistungsvergabe soll nach Möglichkeit überwiegend an regional ansässige Firmen erfolgen.

Die Refinanzierung des Kredites erfolgt über die laufenden Mieteinnahmen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Für die Landeshauptstadt Potsdam ist auch für die nächsten Jahre ein weiterer Anstieg der Bevölkerung prognostiziert. Um den daraus resultierenden Bedarf an Wohnraum decken zu können, ist neben einer zügigen Entwicklung der bereits vorhandenen Wohnbaupotenziale ein Neubau von Wohnungen im Geschosswohnungsbau notwendig.

Laut einer Studie des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik, welche im Bürgerforum zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen am 16. Juli 2009 vorgestellt wurde, besteht in Potsdam ein Bedarf an 11553 Wohnungen. Im Wirtschaftsplan der Pro Potsdam ist bis 2020 der Neubau von nur 47 Wohnungen vorgesehen.

Ohne den Neubau einer großen Anzahl von Wohnungen wird sich die Situation auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Ein drastischer Anstieg der Mietpreise ist angesichts des schon jetzt vorhandenen Wohnungsmangels nicht auszuschließen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ergibt sich für die Landeshauptstadt Potsdam in Rahmen ihrer Daseinsfürsorge die Verpflichtung, mit ihren kommunalen Beteiligungsgesellschaften selbst im Wohnungsbau tätig zu werden.